

Beschluss des Landrats vom 10.09.2026

Nr. 1981

27. Unplausible Klimaszenarien als Basis für kantonale Abgaben - Überprüft der Regierungsrat die Datengrundlagen der CO₂-Zuschläge und E-Auto-Privilegien?

2026/5635; Protokoll: pw

Matthias Ritter (SVP) gibt eine Erklärung ab. Er dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung, womit das Thema elegant umschifft werde. Die Antworten verweisen auf ältere Landrats- und Regierungsratsbeschlüsse und haben nichts mehr mit der heutigen Zeit zu tun. Die Interpellation ist nicht zufriedenstellend beantwortet.

Dominique Zbinden (Grüne) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Dominique Zbinden (Grüne) sagt, der Vorstoss nehme Bezug darauf, dass der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) das Höchstszenario einer Erhitzung um 8,5 Grad als unrealistisch einstufte. Diese Neuigkeiten sind etwa ähnlich toll, wie wenn es heissen würde, dass man in Zukunft zwar nicht gar kein Wasser, aber nur noch zehn Liter pro Tag haben werde. Anders ausgedrückt: Auch die 4,5 Grad, welche die aktuellen Szenarien berechnen, sind absolut schlecht. Der Planet hat statt 44,5 Grad nur noch 40,5 Grad Fieber, ist aber trotzdem ziemlich krank. Die Weltgemeinschaft hatte sich eigentlich eine Erwärmung um 1,5 Grad zum Ziel gesetzt. Dies wurde mittlerweile ebenfalls als unrealistisch eingestuft.

Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort auf, dass der Wegfall dieses Extremszenarios überhaupt keinen Einfluss auf die zu treffenden Massnahmen hat, da das Netto-Null-Ziel möglichst schnell erreicht werden soll – spätestens bis 2050. Nur weil der Extremfall nicht mehr eintreffen wird, müssen nicht gleich alle Massnahmen gestoppt werden. Denn auch bei einem Szenario von 4,5 Grad schaut Dominique Zbinden traurig in ihre Zukunft und fürchtet sich vor dem, was sie alles noch erwartet und dass der diesjährige Sommer zum Alltag werden wird. Es ist schön für diejenigen Anwesenden, die dies wohl nicht mehr erleben müssen.

Simon Tschendlik (Grüne) stellt fest, die Interpellation verlange eine Politik, die auf realistischen Daten basiert. Diesbezüglich kann man bei der Interpellation ansetzen: Den von Matthias Ritter erwähnten Steuerrabatt von CHF 450.– gibt es überhaupt nicht, weil der Landrat eine entsprechende Vorlage am 11. April 2024 mit 52 zu 29 Stimmen an den Regierungsrat zurückgewiesen hatte. Heute gibt es einen Bonus von höchstens CHF 300.– befristet auf vier Jahre, danach wird für das Gewicht eines Elektroautos gleich viel bezahlt wie beim Verbrenner. Eine Steuerbefreiung sieht anders aus. Zudem beruht das Bonus-Malus-System nicht auf einem Klimaszenario, sondern einem Beschluss des Landrats vom 17. Oktober 2023, der mit 74 zu 1 Stimmen gefasst wurde. Der Massstab ist der CO₂-Ausstoss pro Fahrzeug: ein Messwert, nicht irgendein Modell. Drittens ist das Extremszenario aus dem Standardmodell gefallen, weil weltweit erneuerbare Energien eingesetzt werden und die Klimapolitik punktuell wirkt. Aber sie wirkt, wie von Dominique Zbinden bereits dargelegt, noch zu wenig. Die Interpellation dreht das Narrativ einfach um: Wenn die Massnahmen greifen, sollen sie abgeschafft werden. Wer die Feuerwehr auflöst, weil es weniger brennt, hat nicht begriffen, dass dies genau wegen der Feuerwehr geschieht, und versteht nicht, wie eine Feuerwehr oder Klimamassnahmen funktionieren.

Simon Tschendlik leitet einen Forstbetrieb und sieht, wie es derzeit im Wald aussieht. Dabei handelt es sich nicht um eine einmalige Folge, sondern um einen Trend – darüber sind sich 99 % aller

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einig. Man sollte deshalb nicht lange um den heissen Brei reden. Simon Tschendlik dankt dem Regierungsrat für die sehr gute Beantwortung der Interpellation – sie ist realistischer als jede Frage, die Matthias Ritter gestellt hat.

Manuel Ballmer (GLP) stellt fest, die Aussage von Matthias Ritter in der im Mai eingereichten Interpellation, dass CO₂ und Benzin gar kein Problem seien, sei mit Blick auf den Hitzesommer ähnlich schlecht gealtert wie die Aussage des SVP-Präsidenten Dettling, dass die Bauern vom Klimawandel profitieren würden. Manuel Ballmer erinnert den Interpellanten, dass es in dessen Heimatgemeinde Diegten kein Wasser mehr gab, weil die Diegtner bislang glaubten, sie hätten immer genügend Wasser, und wenn nicht, gäbe es noch Eptingen mit seiner Mineralquelle. Eptingen hatte aber auch kein Wasser mehr. Um die Zusammenhänge zu verstehen, braucht es vernetztes Denken. Wird CO₂ in die Umwelt geblasen, dann wird es immer heisser. Manuel Ballmer staunt, wie lange es dauert, bis diese Erkenntnis überall ankommt, und dass immer noch die Aussage gewagt wird, die Antworten würden die Fragen umschiffen. Dies ist eine ziemliche Frechheit gegenüber dem Regierungsrat.

Wie der Regierungsrat zu Recht gesagt habe, so **Natalie Oberholzer** (Grüne), spiele es eigentlich gar keine Rolle, auf welche Worst-Case-Szenarien die kantonalen Lenkungsabgaben beruhen. Fakt ist, dass sich die Schweiz dazu verpflichtet hat, bis 2050 das Netto-Null- Ziel zu erreichen. Der Kanton Basel-Landschaft kann sich also nicht einfach verweigern und sagen, die anderen sollen etwas tun. Es gilt dasselbe wie bei einer Fussballmannschaft: Nur gemeinsam kann das Klimaziel 2050 erreicht werden. Es braucht dazu alle Mitspielerinnen und Mitspieler und das Ziel Netto-Null muss für alle Bereiche und Sektoren gelten. Erfolgreiche Gebäudeprogramme genügen nicht, auch die Mobilität muss klimaneutral werden. Der Bereich Verkehr hat aber im Vergleich zum Bereich Gebäude oder Industrie seine Aufgaben bis jetzt bei weitem nicht erfüllt. Auch im Verkehr muss man komplett von fossilen Brennstoffen wegkommen, je schneller, desto besser. Solche Verzögerungstaktiken stellen eine Weigerung dar, die Ursachen der Klimaerhitzung anzugehen. Die Symptombekämpfung, wie sie derzeit auch in der Landwirtschaft gefordert wird, ist nicht die alleinige Lösung, sondern nur eine kurzfristige Notlösung. In den nächsten 10, 20 Jahre soll nicht nur reaktiv «Pflasterlipolitik» betrieben werden. «Pflasterli» werden von Jahr zu Jahr noch teurer werden, wenn nicht gleichzeitig rasch die Treibhausgasemissionen gesenkt werden. Die jahrzehntelange Verweigerungshaltung gewisser Parteien bezüglich des Klimaschutzes ist für die heutigen Dürren, Hitzesommer und Überschwemmungen mitverantwortlich. In den wenigen Jahren, die einem nun noch bleiben, besteht die Möglichkeit, die Temperatursteigerung vor dem Kipppunkt zu stoppen. Nathalie Oberholzer bittet, alle Hebel in Gang zu setzen, damit möglichst schnell auf Öl, Gas und Kohle verzichtet werden kann. Dazu gehört auch das Benzin bei den Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor.

Die Interpellation war eigentlich völlig unnötig und nur eine Arbeitsbelastung für die Verwaltung. Die Antworten waren eigentlich von Anfang an klar. Die Rednerin bittet alle, Vorstösse zurückzuziehen, die den absolut notwendigen Klimaschutz immer noch anzweifeln – zum Beispiel jener von Marc Scherrer auf der heutigen Traktandenliste. So kann sich der Landrat den echten Problemen zuwenden und die Debatte lösungsorientiert führen – ohne ständig durch solche Vorstösse blockiert zu werden, die eigentlich nur für die Galerie und für den Wahlkampf gedacht sind.

Roland Chrétien (SP) ist erstaunt, dass Matthias Ritter keine Antwort gibt.

Matthias Ritter (SVP) hat in ein Wespennest gestochen, was zeige, dass die Interpellation wichtig ist und alle berücksichtigt werden sollten. Zur Wassersituation in Diegten: Diegten hatte viele Leitungsbrüche, wodurch es zu wenig Wasser gab. Im oberen Dorfteil wurde die ganze Kantonsstrasse geöffnet. Matthias Ritter bittet, bei der Wahrheit zu bleiben.

//: Die Interpellation ist erledigt.
